

Mittelsächsische

LinksWorte

17. Juli 2008

Nr. 11

2. Jahrgang



Foto: H. Heinzig

Die grausamen Verbrechen des Faschismus sind unvergessen!

Auch am 10. Juni dieses Jahres weilte wieder eine Delegation des Bundes der Antifaschisten, der LINKEN und der DKP aus Freiberg in der tschechischen Gemeinde Lidice. Dieser kleine Ort mit seinen knapp 500 Einwohnern erlangte traurige Berühmtheit, da er aufgrund konstruierter Verdächtigungen von SS-Schergen dem Erdboden gleichgemacht und seine Bewohner viehisch ermordet wurden. (siehe dazu auch Seite drei dieser Ausgabe)

Die Titelthemen dieser Ausgabe

Die neue Kampagne der LINKEN für eine solidarische und sichere Rente

„Mehr Ärzte für Sachsen“
Aktion der Fraktion der LINKEN
im sächsischen Landtag

Nachschlag zu den Kommunalwahlen aus der Sicht der Kreisstadt Freiberg

- 2 editorial & querbeet
- 3 kolumne & lidice
- 4 die neue kampagne der LINKEN für eine solidarische und sichere rente
- 5 was bedeutet „mehr ärzte für sachsen“ eigentlich für mittel-sachsen?
- 5 / 6 nachschlag zu den bürgermeisterwahlen in freiberg
- 7 jubiläen & aktuelles aus dem regionalvorstand
- 12 termine & seniorenpolitik

Die nächste Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint in der 34. Kalenderwoche 2008. Redaktionsschluss ist Donnerstag, 14. August 2008.

Unsere Leser werden herzlich gebeten, für die Herausgabe und Verbreitung der LinksWorte zu spenden.

Geldspenden sind unter Angabe des Verwendungszwecks „LinksWorte“ an folgende Bankverbindung möglich:

DIE LINKE
Deutsche Bank Freiberg
BLZ: 870 700 24
Konto-Nr.: 227 268 000

Zuschriften, Kritiken und Hinweise sind ausdrücklich erwünscht.
Bei Veröffentlichung bringen sie nicht in jedem Falle den Standpunkt der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE
Kreisvorstand Mittelsachsen
Postanschrift: 09599 Freiberg, Roter Weg 41
Telefon: 0 37 31 - 2 22 56
Telefax: 0 37 31 - 20 21 40

Redaktion: Ruth Fritzsche, Rolf Heinitz, Michael Matthes, Lothar Pötzsch, Christoph Willenberg, Hans Weiske (verantwortl.)

Satz, Fotos und Layout: A•Bi•Te
Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske
Birkenstraße 23b 09569 Falkenau

Verlag und Vertrieb: Eigenverlag und -vertrieb

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG,
Boettcherstrasse 21, 09117 Chemnitz.

Die „LinksWorte“ werden bereits am Anfang der jeweiligen Erscheinungswoche im Internet veröffentlicht. Dort sind auch frühere Exemplare der Zeitung im Archiv abrufbar.

Webmaster: Richard Thum

editorial

Die Ferien haben begonnen. Die Parlamentarier haben sich in den Sommerurlaub verabschiedet. Die „Saure-Gurken-Zeit“ ist angebrochen und die Journaille bemüht sich, den geeigneten Stoff für die Füllung des Sommerlochs mit Sommertheater zu finden. Auch wir entziehen uns nicht dem allgemeinen Sommerloch und specken unsere Juli- und August-Ausgaben um jeweils vier Seiten ab, um ab September wieder mit vollen Segeln starten zu können - auch in der Hoffnung, dass sich dann mehr aus der Schar unserer Leserinnen und Leser in die Gestaltung ihrer Zeitung einbringen.

Eins der geflügelten Worte im Fußball-sport lautet: „Nach dem Spiel ist vor dem Spiel!“ Übertragen wir es auf die große Politik, so kann man mit Fug und Recht sagen: „Nach den Wahlen ist vor den Wahlen!“ Schon im Herbst wirft das „Super-Super-Wahljahr“ 2009 seine Schatten voraus. Nach Lage der Dinge werden wir auf allen Ebenen von ganz oben bis ganz unten wählen und Anfang Juni 2009 wird dieser Wahlmarathon beginnen. Die LINKE an der Basis ist gut beraten, vor allem für die Stadtrats- und Gemeinderatswahlen rechtzeitig die personellen Weichen zu stellen.

In unserer Juni-Ausgabe haben wir die Wahlen zum Landrat, zum neuen Kreistag und zu den Bürgermeisterposten in vielen Kommunen ausführlich analysiert und ein sehr durchwachsenes Ergebnis feststellen müssen. Inzwischen liegt auch die zweite Runde der Bürgermeisterwahlen hinter uns, in der sich Ulrike Bretschneider in Burgstädt und Thomas Mittelstädt in Freiberg nochmals dem Votum der Wähler stellten. Mit der „Schnapszahl“ von 1.111 Stimmen erreichte Ulrike Bretschneider bei drei Bewerbern über 26 Prozent der gültigen Stimmen. Für Thomas Mittelstädt blieb es bei ebenfalls drei Bewerbern bei mageren 1.473 Stimmen und 11,9 Prozent. In beiden Städten war die Wahlbeteiligung ein erneutes Trauerspiel, obwohl es gewissermaßen „um die Wurst“ ging. Und noch etwas eint Burgstädt und Freiberg - zum Bürgermeister wurden Männer gewählt, die von den Unabhängigen oder Freien Wählern kommen bzw. diesen nahestehen.

Die Redaktion der „Mittelsächsischen LinksWorte“ wünscht allen unseren Leserinnen und Lesern angenehme und erholsame Urlaubstage.

einwurf

von unserem Leser **Bernd Spolwig**, Stadtrat in Brand-Erbisdorf, an die Redaktion der LinksWorte (per e-Mail)

Liebes Redaktionskollektiv der LinksWorte,

nachdem nun die Wahl vorbei ist, möchte ich schon noch mal ne Kritik an den letzten „LinksWorten“ los werden: Was hat euch eigentlich geritten, ausgerechnet in der Mai-Zeitung, die anlässlich der Kreistagswahl verstärkt in den Haushalten verteilt werden sollte, darüber zu informieren, dass zwei unserer Vorstandsmitglieder aus den Vorstand und aus unserer Partei ausgetreten sind? Das ist schlimmer genug und ich hoffe, der Vorstand reagiert angemessen darauf. Aber so was in einer Wahlkampfzeitung? Und dann noch die persönliche Kritik von Hannes Kretzer an Jens-Eberhard Jahn. Versteht mich nicht falsch: ich bin nicht gegen Kritik. aber was sollen denn Menschen, die uns wählen sollen, von uns denken? Zwei Vorstandsmitglieder ausgetreten, die Kreistagsfraktion zerfleischt sich selbst - warum sollen wir denn die wählen? Also nehmt es mir nicht übel, aber ich habe diese Zeitung bei keiner meiner Wahlkampfaktivitäten verteilt. Und von anderen GenossInnen weiß ich das auch.

Von allem etwas - Nachdenkliches und Heiteres

Der Deutsche ist ein Mensch, der keine Lüge aussprechen kann, ohne sie selbst zu glauben.
Theodor Adorno

Bewunderung ist die Tochter der Unkenntnis.
Benjamin Franklin

Erziehung ist organisierte Verteidigung der Erwachsenen gegen die Jugend.
Mark Twain

Intelligenz ist nur eine zufällige Begleiterscheinung des Lebens und vielleicht nicht einmal eine sehr nützliche.
Isaac Asimov

„linksaussen auf seite 3“
unsere monatliche
kolumne

Der Widerspruch könnte größer nicht sein:

Einerseits eilt die LINKE in der Bundesrepublik insgesamt in der Wahrnehmung durch den Wähler von Erfolg zu Erfolg. Je nach Meinungsforschungsinstitut werden ihr bei der so genannte „Sonntagsfrage“ Stimmenanteile zwischen 10 und 15 Prozent prophezeit. Die Menschen erkennen sehr gut, dass sich da eine politische Partei links von der Sozialdemokratie anschickt, die deutsche Parteienlandschaft aufzumischen und Probleme zu thematisieren, die den Menschen auf den Nägeln brennen. Um nur einige Stichpunkte zu nennen: Hartz IV muss weg! Die Rente mit 67 gehört auf den Müll! Die Einheitsschule soll ihren festen Platz im Bildungswesen bekommen! Oder: Keine Zwei-Klassen-Medizin! Immer besser wird auch verstanden, dass es sich hierbei durchaus nicht um „billigen Populismus“ handelt, den die bürgerlichen Parteien der LINKEN gern vorwerfen. Denn es gibt durchaus durchgerechnete Beispiele, auf welchem Weg man die Finanzierbarkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen sichern kann.

Andererseits geht es um das Bild, welches die LINKE derzeit den Menschen in Mittelsachsen bietet. Dass die Kreisgebiets- und Verwaltungsreform zum 1. August 2009 in Kraft tritt und ein neuer Großkreis Mittelsachsen kommt, war schon seit langem so klar wie das „Amen“ in der Kirche. Aber es scheint, dass Erkenntnisprozesse bei den Linken besonders lange dauern. Es ist inzwischen ein geschlagenes Jahr her, seit man sich in Döbeln zu einer Klausur zusammen fand, um die gemeinsame politische Linie von drei Kreisorganisationen der LINKEN auf dem „Weg nach Mittelsachsen“ zu beraten. Daraus entstand nach rund zehn Monaten - immerhin - ein „Programm für Mittelsachsen“, aber den Wahlkampf hat es kaum befruchtet. Mit Recht kritisierte der Landratskandidat der LINKEN, Jens Stahlmann, dass es schien, als würde der Wahlkampf in den drei ehemaligen Kreisverbänden geführt. Der Regionalvorstand hat sich bisher nicht mit Ruhm bekleckert und schmort im eigenen Saft.

Das alles muss sich im Hinblick auf das Superwahljahr 2009 grundlegend ändern. Es geht um eine einheitlich handelnde LINKE in Mittelsachsen. (hw)

Wir waren auch 2008 wieder im tschechischen Lidice

von unserem Redaktionsmitglied
Ruth Fritzsche

Die Geschichte von Lidice stellt sich so dar, dass es bis zum Juni 1942 ein Dorf, einige Kilometer von Prag entfernt war, welches aus 102 Familienhäusern und 483 Einwohnern bestand. Es war kaum über die unmittelbare Umgebung hinaus bekannt. Die Männer arbeiteten meistens in den Stahlwerken oder in den Kohlebergwerken in dem 7 km entfernten Kladno. Das Attentat auf den damaligen faschistischen Reichsprotector Heydrich, mit dem die Einwohner dieses Ortes überhaupt nichts zu tun hatten, führten auf Grund von falschen



Verdächtigungen eines Kollaborateurs bei der Gestapo zur totalen Vernichtung dieses Dorfes und seiner Bürger..

Wie schon Jahre vorher, besuchten Freunde und Genossinnen und Genossen des Bundes der Antifaschisten, der DKP und der Partei DIE LINKE auch 2008 den leidgeprüften Ort. .

Unter der Überschrift „Die Vernichtung von Lidice im Jahre 1942, ein Werk deutscher faschistischer Barbarei“ habe ich im Juli 2006 über unseren Besuch der Gedenkstätte Lidice in den „Freiberger Linksworten“ berichtet.

Auch im Jahre 2008 waren wir dort und mir ist es immer wieder ein ganz persönliches Bedürfnis, mit Genossen und Freunden diesen geschundenen Ort zu besuchen und an dem offiziellen Gedenken der Kommunistischen Partei von Böhmen und Mähren teilzunehmen, welches jährlich am Grab der männlichen Opfer, das seit 1945 eine Pietätstelle ist, stattfindet. Wie uns berichtet wurde, sind die Teilnehmer am nachmittäglichen Gedenken für die Opfer aus allen Bezirken der tschechischen Republik gekommen.

Am späten Vormittag hatte bereits das Gedenken der Regierung von Tschechien mit den in der Tschechischen Republik akkreditierten Botschaftern stattgefunden und es schloss sich ein umfassendes Kulturprogramm, besonders getragen von der

tschechischen Armee und von Kindern und Jugendlichen, an.

Bis gegen 13.00 Uhr die Gedenkveranstaltung des KSCM begann, hatten wir in dieser Zeit u.a. die Gelegenheit, das neu gestaltete Museum zu besuchen.

So finster wie die Mord- und Vernichtungstat der SS gegenüber diesen unschuldigen Dorfbewohnern war, so dunkel sind die Räume des Museums gestaltet. Unter dem Motto „UND DIE UNSCHULDIGEN WAREN SCHULDIG“ macht es die Besucher mit dem Leben und den schrecklichen Schicksalen der Männer, Frauen und Kinder des Dorfes, mit der völligen Zerstörung der Gemeinde und mit dem Wiederaufbau im Hintergrund der historischen Ereignisse bekannt.

Man hält den Atem an, wenn man z.B. in einer sehr großen Fotografie dokumentiert, einige der 173 am 10. Juni 1942 erschossenen Männer liegen sieht. Oder: der Besucher kann an Hand von Fotografien den lebendigen Menschen und daneben das tote Opfer vergleichen. Es ist an dieser Stelle unmöglich, das wiederzugeben, was man da zu sehen und zu hören bekommt.

Es ist aber richtig und wichtig, dass diese Grausamkeiten so dargestellt werden, wie sie wirklich waren. Sollen alle, die diese Gedenkstätte besuchen, sehen, was Fa-



Fotos (2): Henry Heinzig

schismus bedeutet und auch heute nach wie vor im Gedächtnis der Menschen lebendig bleiben muss, weil, um mit Brecht zu sprechen, „der Leib noch fruchtbar ist, aus dem das kroch.“

Fraktion der LINKEN im neuen Kreistag konstituiert

Die 19-köpfige Fraktion der LINKEN im neuen Kreistag Mittelsachsen hat sich konstituiert. Fraktionschef ist **Jens Stahlmann** (Hainichen), der für die LINKE um den Landratsposten kämpfte. Als seine beiden Stellvertreter wurden gewählt: **Peter Krause** (Roßwein) und **Dr. Johannes Kretzer** (Freiberg).

Die künftige Kreistagsfraktion verständigte sich zu den Schwerpunkten ihrer Arbeit und zur Mitwirkung der Fraktionsmitglieder in den Ausschüssen.

10 Punkte der LINKEN für eine solidarische und sichere Rente

Am 5. Juli hat der Parteivorstand der LINKEN im Rahmen einer Klausurberatung zwischen dem 1. Parteitag in Cottbus und dem Superwahljahr 2009 einen Beschluss zur Rentenpolitik gefasst. Auf der Grundlage der dort enthaltenen 10 Punkte für eine solidarische und sichere Rente wurde eine bundesweite Kampagne gestartet.

Am Samstag, dem 12. Juli, fand dazu in Dresden eine „**Aktionskonferenz Rente**“ des Landesverbandes der LINKEN statt.

Wir dokumentieren im folgenden die 10 Schwerpunkte des Vorstandsbeschlusses und berichten in Wort und Bild von der Aktionskonferenz.

10 Punkte für eine solidarische und sichere Rente

(Beschluss des Parteivorstandes der LINKEN vom 5. Juli 2008)

1. **Die Gesetzliche Rente als tragende Säule der Alterssicherung stärken**
2. **Abschaffung sämtlicher Kürzungsfaktoren**
3. **Beitragsdogma aufheben**
4. **Nein zur Rente ab 67**
5. **Schrittweise Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die Gesetzliche Rentenversicherung**
6. **Beitragsbemessungsgrenze schrittweise aufheben**
7. **Stärkung des Solidarausgleichs in der Gesetzlichen Rentenversicherung**
8. **Subventionierung des Solidarausgleichs statt der privaten Altersvorsorge**
9. **Angleichung des Rentenwertes Ost-West - Abschaffung von Ungerechtigkeiten bei der Rentenüberleitung**
10. **Grundsicherung im Alter erhöhen**

„Aktionskonferenz Rente“ am 12. Juli in Chemnitz

Es war die erste Konferenz dieser Art nach dem Beschluss der Parteiführung vom 5. Juli, so stellte es die stellvertretende Parteivorsitzende Katja Kipping fest.

Dafür wurde es dann aber weniger eine „Aktionskonferenz“, sondern mehr eine Informationsveranstaltung zum Rentenkonzept der LINKEN. Das wurde auch aus deren Motto deutlich: „Gefahren für die Rente; Gefahren und Hintergründe zur Rentenpolitik.“ Dabei wurde deutlich,



Schnappschuss von der Aktionskonferenz

dass die jüngsten Beschlüsse erst noch Eingang in die detaillierte konzeptionelle Arbeit der LINKEN finden müssen. Ein Kernpunkt, der aus den „10 Schwerpunkten für eine solidarische und sichere Rente“ im ersten Moment nicht unmittelbar hervorgeht, ist mit folgenden Worten formuliert:

„Das Ziel ist, dass nach Anrechnung von Einkommen und Vermögen keine Rentnerin und kein Rentner im Monat unter 800 Euro fallen dürfen.“

Michael Schlecht, Rentenexperte im Bundesvorstand der LINKEN, machte die Folgen des neoliberalen Umbaus des „Sozialstaates“ deutlich. Ob Riester-Rente, Nachhaltigkeitsfaktor oder Rente ab 67, all diese Maßnahmen haben das Ziel, das Vertrauen in die solidarische Sicherung durch die gesetzliche Rente systematisch zu zerstören. Die absehbare Folge: Selbst bei erwerbslebenslanger Beitragszahlung kann die gesetzliche Rente Armut nicht mehr wirksam verhindern. **Es droht die Altersarmut.** Millionen von Menschen in diesem Lande müssen damit rechnen, im Alter auf Sozialhilfe angewiesen zu sein. Der neoliberale Angriff auf die gesetzliche Rente, so Michael Schlecht, zielt nicht nur auf eine Entlastung der Arbeitgeber, sondern gleichzeitig auch darauf, immer größere Teile der Alterssicherung zu privati-

sieren und in den Kapitalmarkt einzuspeisen. Gewinner dieser Entwicklung werden vor allem die weltweit agierenden Banken und Versicherungskonzerne sein. Ein interessantes Detail am Rande: Heute stammen bereits rund 30 Prozent des weltweit agierenden Finanzkapitals aus Pensionsfonds des angelsächsischen Raumes.

Die LINKE wendet sich gegen diesen finanzmarktgetriebenen Kapitalismus. Der mit dem Beschluss des Parteivorstandes angestrebte Kurswechsel in der Rentenpolitik - so Katja Kipping - zielt darauf, eine solidarische Alternative zu diesem „Manchester-Kapitalismus“ aufzuzeigen.

Die Chemnitzer Aktionskonferenz zielt darauf ab, eine Rentenkampagne der LINKEN zu starten. Sie soll unter dem Motto: „Gute Arbeit, gute Löhne, gute Rente“ Hintergründe erläutern und die Positionen der LINKEN zur neoliberalen Rentenpolitik der großen Koalition erläutern.

Dabei kann man einen ganz bedeutenden Aspekt des Konzepts unter dem Motto:

Kampf gegen Altersarmut

zusammenfassen. Interessantes Detail: Mehr als 40 Prozent der Bevölkerung hat Angst vor der Armut im Alter - auch junge Leute und jene um die Vierzig. Immer mehr dominieren Brüche im Erwerbsleben, Zeiten mit geringfügiger oder schlecht bezahlter Beschäftigung oder Hartz IV. Ein Beispiel dafür: Für ein Jahr Hartz IV wird ein Rentenanspruch von 2,19 Euro gutgeschrieben.

Das gesamte Problem machte Katja Kipping an einem Beispiel deutlich: Setzt man



Mit dabei: Katja Kipping, stellvertretende Parteivorsitzende

anstelle der Fiktion eines „Eckrentners“, der 45 Jahre lang den Durchschnittslohn erhält und dafür mit weit über 1000 Euro in Rente gehen kann, den Beschäftigten, der 45 Jahre (!) gearbeitet hat und in all den Jahren den gewerkschaftlich geforderten Mindestlohn von 7,50 Euro erhält, so kann dieser im Jahre 2025 auf eine Bruttorente von 650 Euro rechnen. Eine schlimme Vision!

Gesundheitsreform und kein Ende?

In unserer Juni-Ausgabe berichteten wir bereits über die Schwerpunkte der Gesundheitsreform. Am 12. Juni weilte **MdL Kerstin Lauterbach** zu einem Forum in Leisnig. Wir dokumentieren im folgenden Auszüge aus ihren Ausführungen.



Foto: privat

Die Gesundheitsreform und deren Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger Sachsens stehen im Mittelpunkt unseres Interesses und oft in der Kritik.

DIE LINKE meint – zu Recht.

Das Wort Gesundheitsreform steht nicht erst seit heute in der Diskussion – bereits 1988 wählte die Gesellschaft für Deutsche Sprache das Wort Gesundheitsreform zum Wort des Jahres – man kann schon sagen zum „Unwort“ des Jahres.

D. h. wir reden seit 20 Jahren über Gesundheitsstrukturen und über Finanzierungslücken, die immer größer werden.

Statistische Erhebungen, die den Versorgungsgrad darstellen, basieren auf dem Gesundheitsstrukturgesetz von

1993, welches eine Bedarfsplanung in der ambulanten Versorgung eingeführt hat. Die derzeitige aktuelle Statistik zum Versorgungsgrad in Sachsen lässt auf dieser Grundlage noch keinen Ärztemangel erkennen. Einige Beispiele für den Versorgungsgrad:

Döbeln	93,9%
Freiberg	104,2%
Mittweida	110,4%

Also keine Unterversorgung.

Rechnet man die Ärzte, die über 60 Jahre sind, die also in den nächsten Jahren in ihre wohl verdiente Rente gehen, heraus, so liegt der Versorgungsgrad in

Döbeln	bei 69,2%
Freiberg	bei 69,5%
Mittweida	bei 75,0%

Alles was unter 75% ist, darf man dann Unterversorgung nennen.

In den Statistiken der Kassenärztlichen Vereinigung vom November 2007 werden Zulassungsbeschränkungen nach § 103 Abs. 1 SGB V dargestellt. In den meisten Planungsbereichen ist jedoch eine Überversorgung zu verzeichnen. Die Altersstruktur der Ärzte, die sich in den nächsten Jahren auswirken wird, ist bei den Feststellungen zur derzeitigen Überversorgung nicht berücksichtigt. Aber es gibt bereits 78 unbesetzte Hausarztstellen. Über 1.000 Stellen sind auf Grund des Alters der Ärzte in den nächsten Jahren vakant.

Selbst Herr Heckemann, Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen stellt fest, dass wir bald nicht mehr einen gefühlten Ärztemangel haben, sondern einen tatsächlichen. Alle Bemühungen der CDU/SPD-Koalition haben es nicht geschafft, den Ärztemangel wirksam zu bekämpfen. Es gibt immer neue Modellprojekte und Fördermöglichkeiten der Staatsregierung. Diese allein können die Probleme nicht lösen. Die Linksfraktion im Sächsischen Landtag hat aus gegebenem Anlass eine Kampagne gestartet mit dem Titel „**Mehr Ärzte für Sachsen**“.

Deren zentrales Element ist eine Fragebogenaktion zur aktuellen Situation der ärztlichen Versorgung der Bevölkerung in Sachsen. 130.000 Fragebogen wurden verteilt. Viele, viele kamen zurück. 2.600 wurden bereits bearbeitet, ca. 500 warten noch darauf. Vielen Dank denjenigen, die das Projekt an der Basis unterstützt haben. Döbeln war da sehr fleißig.

Viele Bürgerinnen und Bürger in Sachsen haben die Möglichkeit genutzt, uns sehr konkret die Situation und ihre Probleme Vor-Ort mitzuteilen. Kurz noch einmal zum Fragebogen. Es waren 14 Fragen mit 3 Schwerpunkten: Von den Fragebögen entfielen auf:

Mittweida	109
Freiberg	ca. 150 (100 ausgewertet)
Döbeln	348

Oberbürgermeisterwahl in Freiberg in zwei Runden - eine kritische Bilanz

Das folgende Gespräch mit dem Kandidaten für das Oberbürgermeisteramt in der künftigen Kreisstadt Freiberg, den Rechtsanwalt **Thomas Mittelstädt**, führte unser Redaktionsmitglied Dr. Michael Matthes

Thomas Mittelstädt zeigt sich zufrieden mit dem erreichten Niveau der Wählerzustimmung im ersten und zweiten Wahlgang. Schließlich trat erstmals ein Kandidat DerLinken als Oberbürgermeisterkandidat an. Das erklärte Wahlziel DERLINKEN und, wie eingeschätzt, der Mehrheit der Freiburger Wähler, einen Wechsel an der Rathauspitze herbeizuführen, wurde erreicht. Ebenso erreicht wurde, dass der CDU-Kandidat nicht ins Rathaus einzog.

Dass das Wahlergebnis unseres Bewerbers bei weitem nicht bis zur Rathaus-treppe reichte, ist sicherlich auch darauf zurückzuführen, dass Thomas Mittelstädt einen noch geringen Bekanntheitsgrad



Foto: M. Matthes

aufzuweisen hat und dass der Wähler dem jugendlichen Kandidaten noch nicht die Erfahrung und den Zuschnitt für das Rathausamt zutraut. Hier kommt sicher ein Versäumnis des Kreisverbandes und des Stadtverbandes zum Ausdruck, dass sie ihre Kandidaten nicht langfristig aufbaute. Schließlich besitzt Thomas Mittelstädt als Anwalt mit seiner Kompetenz im Sozial- und Kommunalrecht die besten Voraussetzungen für das Rathaus. Aber dem Wähler blieb das verborgen. Als Kandidat für den Kreistag dagegen schaffte er schließlich in seinem Freiburger Wahlkreis einen Sprung vom fünften Listenplatz an die Spitze.

Thomas Mittelstädt ist überzeugt, dass das Wahlprogramm kaum nennenswerten Einfluss auf den Wählerentscheid hat. Es kommt eindeutig auf das Erscheinungsbild, die Glaubwürdigkeit und den Ruf der aufgestellten Personen an. Das Erscheinungsbild der Partei hätte nur dann fördernden Einfluss, wenn es sich sichtbar von dem der

Oberbürgermeisterwahl in Freiberg in zwei Runden - eine kritische Bilanz

übrigen Parteien unterscheiden würde. Der Wähler hofft auf Lösungsansätze und gibt sich nicht mit der Aufzählung der vorhandenen Probleme zufrieden. Obwohl DIE LINKE landesweiten Aufwind verspürt, ist DIE LINKE in Sachsen, immerhin der stärkste Landesverband in Deutschland, weitgehend nicht profiliert. Es fehlen sichtbare Zeichen von Veränderungswillen. Die erste unter Führung DER LINKEN wiedereröffnete Schule, die zuvor vom PISA-Minister Flath geschlossen worden war, hätte mehr bewirkt als all das beschriebene Programmpapier. Während der Landesvorstand in Dresden ohne jede Aussicht auf Erfolg Wahlkampfmittel in fast sechsstelliger Höhe verpulverte, blieb die Unterstützung für die

Oberbürgermeister- und Bürgermeisterkandidaten aus. Auch Wahlkampfveranstaltungen mit profilierten Vertretern DER LINKEN wurden in Freiberg vermisst.

DIE LINKE hat ihr Licht unter den Scheffel gestellt. Die Wahlveranstaltungen hätten auch zu einer Art Rechenschaftslegung gegenüber den Bürgern gemacht werden müssen. Schließlich hat DIE LINKE im Stadtrat und im Kreistag eine Politik verfolgt, die sich sehen lassen kann. Dem Bürger wäre damit der Eindruck vermittelt worden, dass es auch Gegengewichte zur CDU- und zur Immobilienfraktion im Stadtrat gibt. Auf diesem Erscheinungsbild hätte der OB-Kandidat aufbauen können.



Das Döbelner Rathaus - zukünftig am Rand von Mittelsachsen?

Der neue Kreis Mittelsachsen ist bald Realität (ein klein wenig Statistik)

Die Historie der Landkreise Döbeln (bisher Regierungsbezirk Leipzig), Freiberg und Mittweida (bisher Regierungsbezirk Chemnitz) ist faktisch beendet. Mit dem 1. August 2009 leben wir im Kreis „Mittelsachsen“. Er wird einer der zehn Landkreise des Freistaates Sachsen sein. Hinzu kommen die drei kreisfreien Städte Chemnitz, Dresden und Leipzig. Er gehört zum künftigen Direktionsbezirk Chemnitz. Kreisstadt ist Freiberg.

Auf einer Fläche von rund 2.111 Quadratkilometer leben knapp 350.000 Einwohner. Im Jahre 2020 werden hier noch etwa 298.000 Einwohner wohnen. In Mittelsachsen wird ein Bruttoinlandsprodukt von über 6 Milliarden Euro produziert. Im verarbeitenden Gewerbe sind fast 25.000 Personen beschäftigt. Es gibt insgesamt 1.025 landwirtschaftliche Betriebe.

Der neue Kreis verfügt über zwei höhere Bildungsstätten (Technische Universität Bergakademie Freiberg, Fachhochschule Mittweida), über 140 allgemein bildende Schulen und 233 Kindertageseinrichtungen. Im Kreis Mittelsachsen gibt es sieben Krankenhäuser.

Wichtigste Probleme sind die bisherige Zuordnung zu zwei verschiedenen Regierungspräsidien und die unterschiedliche Herangehensweisen an die Umsetzung der Hartz-IV-Gesetze (ARGE SGB II in Freiberg und Mittweida, Amt für Arbeit beim Landratsamt in Döbeln).



Ein steiniger Weg nach Mittelsachsen? - Das künftige Landratsamt



Das bisherige Landratsamt in Mittweida - wichtige kommunale Aufgaben bleiben hier

Wichtige Termine

August 2008

- | | | |
|------------|--------------|---|
| 04. August | 19:00 Uhr | Beratung des Regionalvorstandes (öffentlich)
Mittweida, Bürgerbüro der LINKEN |
| 18. August | 17:00 Uhr | Ehrung Ernst Thälmanns anlässlich des 64. Jahrestages seiner Ermordung
Freiberg; Gedenkstein am Meißner Ring |
| 26. August | 15:00 Uhr | Gemeinsame Beratung der Senioren-AG in Mittelsachsen
Geschäftsstelle Freiberg der LINKEN
Roter Weg 41 |
| 31. August | ab 11:00 Uhr | Veranstaltung zum Weltfriedenstag in Chemnitz, Carolastraße (unmittelbar am Hauptbahnhof) |

September 2008

- | | | |
|---------------|-----------|---|
| 01. September | 19:00 Uhr | Beratung des Regionalvorstandes (öffentlich)
Geschäftsstelle Freiberg der LINKEN
Roter Weg 41 |
| 06. September | 09:30 Uhr | Kreisparteitag |

und Bereichern. Auf Grund der neuen zehn Landkreise, die ab 1. August 2008 bestehen werden, kommt es jetzt darauf an,

- aktive Senioren-AG in den Kreisen zu bilden
- die neue Rentenkampagne der LINKEN aktiv zu unterstützen
- auch durch unsere Unterstützung, den 9. Deutschen Seniorentag, vom 8. bis 10. Juni 2009 in Leipzig unter dem Motto „Alter leben – Verantwortung übernehmen“ zum Erfolg führen
- die sächsischen Genossinnen und Genossen Senioren unterstützen die Aktualisierung der Seniorenpolitischen Standpunkte der Partei DIE LINKE
- das Mitwirkungsgesetz der sächsischen Linksfraktion weiter im Auge behalten

Genossin **Heidi Lüth** – Sozialbürgermeisterin in Chemnitz und Mitglied des BundessprecherInnenrates der Senioren-AG beim Parteivorstand DIE LINKE verwies in ihrem Beitrag auf ein UNO-Material zur Seniorenpolitik aus dem Jahre 2002, welches mit linker Seniorenpolitik korrespondiert. Wichtig für die Seniorenpolitik ist die Arbeit

in den Kommunen durch viele Seniorenbeiräte in den Kreisen und Städten. Diese müssen gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden

- über die Stadtentwicklung für alle Generationen sprechen
- den demographischen Wandel in der Kommune analysieren
- sich sorgen um eine kommunale Infrastruktur, wie z.B. ÖPNV, Gesundheit, Einzelhandel
- Seniorenpolitik als Querschnittsaufgabe betrachten.

In der Diskussion wurde auf die anstehenden Probleme eingegangen. So verwies **Helmut Schieferdecker** vom Bundessprecherrat auf die notwendige Aktualisierung der Seniorenpolitischen Standpunkte, die nun schon zwei Jahre alt sind und bestimmter Veränderungen bedürfen, weil man z.B. darauf reagieren muss, dass die geburtenstarken Jahrgänge 1950 – 1968 aus der ehemaligen DDR jetzt nach und nach in die Rente gehen.

Während der Konferenz wurde die Wahl der einzelnen Gremien vorgenommen. Der neue Sprecherrat umfasst 15 Genossinnen und Genossen. Aus unserem Kreis wurde ich – auch als eine der acht Delegierten für die Landesparteitage 2009 und 2010 – gewählt.

Ruth Fritzsche, Freiberg

Nachruf auf Genossen Richard Lange aus Freiberg

von Werner Krumpfert, Freiberg

Am 07.05.2008 verstarb unser hoch verehrter, langjähriger Genosse Richard Lange nach einem verdienstvollen Leben im Alter von 87 Jahren. Als Vorsitzender der Senioren-Arbeitsgemeinschaft des Kreisverbandes der PDS war er nach der politischen Wende noch viele Jahre in der Betreuung alter Genossinnen und Genossen aktiv. Die Senioren-Arbeitsgemeinschaft der Partei DIE LINKE sowie die Genossinnen und Genossen der Basisorganisation 40 gedachten in einer Schweigeminute seiner aufopferungsvollen Arbeit..

Als gelernter Schmied qualifizierte er sich nach dem Krieg so, dass er bis 1958 als Betriebsleiter des VEB Bleierzgruben erfolgreich tätig sein konnte. Von 1958 bis 1984 bis zu seinem Eintritt in das Rentenalter war er als langjähriger Stadtrat und Stellvertreter des Bürgermeisters wirksam.

In dieser Zeit seines langjährigen kommunalpolitischen Wirkens hat er sich große Verdienste erworben, in dem sich das kleinstädtische Provinzstädtchen mit seinen 36 000 Einwohnern zu einem beachtlichen Industrieort mit einem stark ausgebildeten wissenschaftlichen Potential an der Bergakademie und der Akademie der Wissenschaften entwickelte.

Seinem unermüdlchen Wirken ist es mit zu verdanken, dass das aus der Nazizeit hinterlassene Erbe auf dem Gebiet des Wohnungsmarktes beseitigt werden konnte. So entstanden völlig neue Wohngebiete und über 15 000 neue Wohnungen, neue Schulen, Kindereinrichtungen sowie Sport- und Erholungsstätten.

Die Entwicklung eines völlig neuen Industriezweiges in der DDR, das mit der Verarbeitung von Silizium in unserer Stadt große Bedeutung erhielt, ergaben für die Tätigkeit des damaligen Stadtrates hohe Anforderungen zur Heranführung von Arbeitskräften, der Bereitstellung von Bauflächen für die Errichtung der neuen Fabrikhallen und vieles andere mehr. Das sind beachtliche Leistungen, die heute noch Auswirkungen auf unsere Stadt haben.

Trotz des eingetretenen Rentenalters kam er 1986 noch einmal der Bitte des Stadtrates nach und übernahm die Verantwortung für die Vorbereitung und Durchführung der 800-Jahr-Feier der Stadt, die vielen Freibergern noch heute ein bleibendes Erlebnis ist.

Für sein unermüdlches Wirken für die Entwicklung der Stadt Freiberg wurde er mit der Ehrenbürgerwürde ausgezeichnet.